**ÖPNV-Förderung des Landes Niedersachsen**

Antrag auf Bewilligung einer Landeszuwendung

|  |
| --- |
| Antragsteller |
|  |
|  |
| Bewilligungsbehörde |
| An die |
| Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH |
| Kurt-Schumacher-Str. 5 |
| 30159 Hannover |

Betreff: **Anschrift und Ort des Betriebshofes**

zur Durchführung des o. a. Vorhabens eine Zuwendung des Landes Niedersachsen nach den §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Neubekanntmachung vom 30.04.2001 (Nds. GVBl. S. 276) in der jeweils gültigen Fassung

Anlagen:

1. Das Vorhaben soll        nach den beiliegenden Unterlagen durchgeführt werden.

Im Einzelnen sind folgende Unterlagen beigefügt (zutreffendes bitte ankreuzen):

Erläuterungsbericht mit Darstellung der Eigentumsverhältnisse an den beplanten Flächen und Anlagen, der Flächenverfügbarkeit und der baurechtlichen Einstufung der beplanten Flächen gemäß Flächennutzungs- oder Bebauungsplan; bauplanerische Beschreibung, insbesondere Darstellung der Verbesserungen (Arbeitssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anpassung an neue gesetzliche oder technische Regelwerke/ Brandschutz)

Erklärung zum Status des Zuwendungsempfängers gemäß Nr. 3 der Förderrichtlinie (kann im Erläuterungsbericht oder Anschreiben enthalten sein)

Darstellung der Fördervoraussetzungen gemäß Nr. 4.1 der Förderrichtlinie: Alter der Anlagen, Mindestzahl der Fahrzeugeinheiten usw. (kann im Erläuterungsbericht oder Anschreiben enthalten sein)

Umstellungs- oder Erweiterungsbedarf mit Umstellungszeitplan auf emissionsfreie Antriebe, siehe Dateivorlage „Umstellungszeitplan“

Darstellung der Fahrzeugeinheiten nach Art und Zahl je geplanter Anlage siehe Dateivorlage „Liste der Fahrzeugeinheiten“

Übersichtsplan mit Verkehrsführung auf dem Betriebshof und Zu-/ Ausfahrten im Bestand und nach Abschluss der beantragten Maßnahme

Darstellung aller Verkehrsverträge mit den dazugehörigen Fahrzeugen (Kennzeichen), Konzessionslaufzeiten, Buslinien und Fahrzeugarten (das Tabellenblatt „Grundblatt“ aus der Datei „Liste der Fahrzeugeinheiten“ kann dafür als Grundlage verwendet werden.

Bestandsplan und Fotos (derzeitiger Zustand), evtl. Gutachten über Schäden o. ä.

Baupläne auf der Grundlage der Entwurfsplanung gem. Leistungsphase 3 der einschlägigen Paragraphen nach HOAI

Kostenberechnung je Fördergegenstand und Höchstbetrag gemäß der Nummerierung unter 2.1 und 2.2 der Förderrichtlinie auf der Grundlage der Entwurfsplanung gem. Leistungsphase 3 der einschlägigen Paragraphen nach HOAI (bei der Abstellung also z. B. unterteilt in Abstellhalle, Carport oder Freiabstellung), Zusammenstellung siehe Dateivorlage „Kostenzusammenstellung“

Finanzierungsplan (bei mehrjährigen Projekten mit Verteilung auf die Jahre)

Fahrzeugeinheitenliste gemäß Nr. 4.2.1 bis 4.2.2 der Förderrichtlinie als Excel-Tabelle mit Einstufung der Fahrzeuge nach konventionellen, sauberen oder emissionsfreien Antrieben gemäß des „Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetzes“.

Darstellung der Komplementärfinanzierung (z. B. Haushaltsplan, Bankbescheinigung)

Stellungnahme des Aufgabenträgers mit Darstellung der Laufzeiten der Verkehrsverträge und möglicher Anforderungen gemäß Vertrag oder Nahverkehrsplan

Stellungnahme der zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte (nur wenn im Zuge des beantragten Vorhabens ein Gebäude mit öffentlichem Zugang geschaffen wird, z. B. ein Kundenzentrum o. ä.)

Stellungnahmen/ Anhörungen vom Vorhaben betroffener Dritter

Erklärung, dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde

weitere Unterlagen gem. Inhaltsverzeichnis

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| 2. | Die Gesamtkosten des o. a. Vorhabens betragen: | |  | | | € |
|  | Zuwendungsfähige Bauausgaben netto | | € | | |  |
|  | Ausgaben für externe Planungsleistungen gem. HOAI bis | | | | |  |
|  | max. 10% der zuwendungsfähigen Bauausgaben | | € | | |  |
|  | Zuwendungsfähige Grunderwerbskosten | | € | | |  |
|  |  | Zuwendungsfähige Ausgaben insgesamt |  | | | 0,00 € |
|  | | | | | | |
|  | Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen: | |  | | |  |
|  | a) | Zuwendung des Landes (die Förderquote ergibt sich aus dem Ergebnis der KMU-Erklärung in Verbindung mit NR. 5.3 der Richtlinie; bei Unternehmen mit gesonderter öffentlicher Finanzierung der betrieblichen Infrastruktur max. 70%) | € | | |  |
|  | b) | Zuschüsse/ Beiträge Dritter |  | | |  |
|  |  |  | € | | |  |
|  |  |  | € | | |  |
|  |  | mithin insgesamt a) und b) |  | | | 0,00 € |
|  | c) | Eigenmittel des Antragstellers: | | | | |
|  |  | Investitionsrate(n) des ordentlichen Finanzplans | | € | |  |
|  |  | Entnahme aus Rücklagen | | € | |  |
|  |  | Kredite | | € | |  |
|  |  | Sonstige Finanzierungshilfen von | | | |  |
|  |  | zur Verstärkung der Eigenmittel des Antragstellers | | | € |  |
|  |  | mithin insgesamt c) | | |  | 0,00 € |

3. Von der voraussichtlichen Gesamtzuwendung nach 2.a)   
 für das Haushaltsjahr       einen Teilbetrag von       €

(voraussichtlicher Jahresbedarf)

4. Für das Vorhaben werden in den folgenden Haushaltsjahren voraussichtlich benötigt:

Haushaltsjahr Investitionsmittel insgesamt Zuwendungsbetrag

            €       €

            €       €

            €       €

            €       €

5. Für die Baudurchführung, die Mittelbewirtschaftung und den Verwendungsnachweis zuständige Stellen:

6. Folgende Anlagen sind Bestandteil dieses Antrages:

Erklärung zur Zweckbindungsfrist und Anzeigepflicht gem. Formblatt

Darstellung der zuwendungsfähigen Ausgaben gem. Formblatt

*Die folgenden Anlagen entfallen für Zuwendungen an kommunale Unternehmen, deren kommunale Eigentümer die betriebliche Infrastruktur mitfinanzieren (entsprechender ÖDA ist als Antragsbestandteil per E-Mail zu übersenden)*

Ausgefüllte und rechtskräftig unterzeichnete KMU-Erklärung

Ausgefüllte und rechtskräftig unterzeichnete De-Minimis-Erklärung

*Die folgenden Anlagen entfallen für Zuwendungen an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.*

Erklärung zur Vorsteuerabzugsberechtigung gem. Formblatt

Erklärung nach § 264 Strafgesetzbuch / § 4 Subventionsgesetz gem. Formblatt

Erklärung bei einer Förderung nach Nr. 2.2 der Richtlinie, dass die nachstehenden Punkte auf das Unternehmen nicht zutreffen.

Für eine Beihilfe nach Nummer 2.2 der Förderrichtlinie auf Grundlage des Artikels 36 a AGVO gilt:

* Von einer Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen und Sektoren in den Fällen des Artikels 1 Abs. 2, 3 und 5 AGVO.
* Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedsstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf gemäß Artikel 1 Abs. 4 Buchst. a AGVO keine Förderung gewährt werden.
* Unternehmen in Schwierigkeiten sind gemäß Artikel 1 Abs. 4 Buchst. c i. V. m. Artikel 2 Abs. 18 AGVO von einer Förderung ausgeschlossen.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird versichert.

Ort, Datum

....................................................................................................

Name (z.B. i. V. Mustermann) Name (z.B. i. A. Musterfrau)

(rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)